BDEW Kongress 2026

Branche fordert Planungssicherheit

[11.06.2026] Die Energiebranche fordert von der Bundesregierung zügige Entscheidungen bei zentralen energiepolitischen Vorhaben. Beim BDEW Kongress 2026 warnten Verbandsvertreter vor Verzögerungen bei wichtigen Gesetzen und forderten mehr Planungssicherheit für Investitionen.

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) hat die Bundesregierung aufgefordert, zentrale energiepolitische Vorhaben rasch abzuschließen. Beim BDEW Kongress in Berlin verwiesen BDEW-Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae und BDEW-Präsident Stefan Dohler im Rahmen eines Pressegesprächs auf die Bedeutung eines abgestimmten Gesetzespakets für die Energiewende. Dohler sprach von einer Vielzahl laufender Gesetzgebungsverfahren, auf die die Branche lange gewartet habe. Nun komme es darauf an, die einzelnen Vorhaben im Zusammenhang zu betrachten. „Wir haben im Moment ein sehr, sehr großes Paket, auf das wir auch lange gewartet haben“, sagte er. Viele Regelungen seien miteinander verknüpft. Deshalb müsse das Energiepaket „wirklich gemeinsam gedacht“ werden.

Klarheit bei der EEG-Novelle

Der BDEW fordert nach Angaben von Andreae und Dohler insbesondere Klarheit bei der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), beim Stromversorgungskapazitätssicherungsgesetz (StromVKG), beim Netzpaket sowie beim Gebäudemodernisierungsgesetz. Verzögerungen könnten Auswirkungen auf Investitionen und Genehmigungsverfahren haben. Zugleich warb Dohler für eine stärkere Einbindung der Branche in die Gesetzgebung. Zwar gebe es einen konstruktiven Austausch mit Ministerien und Politik. Bei den formalen Konsultationen sei die Zeit jedoch teilweise knapp bemessen. Als Beispiel nannte er das Gebäudemodernisierungsgesetz, für dessen Stellungnahme den Verbänden lediglich vier Arbeitstage zur Verfügung gestanden hätten. „Da liegt dann oft der Teufel im Detail“, sagte Dohler.

Redispatch-Vorbehalt in der Diskussion

Ein zentrales Diskussionsthema bleibt der sogenannte Redispatch-Vorbehalt im geplanten Netzpaket. Dabei geht es um die Frage, wie Netzengpässe beim Ausbau erneuerbarer Energien berücksichtigt werden sollen. Dohler betonte, dass weder der Bau von Erzeugungsanlagen an ungeeigneten Standorten noch ein übermäßiger Netzausbau volkswirtschaftlich sinnvoll seien. „Irgendwo dazwischen ist die Wahrheit“, sagte er. Nach Angaben von Andreae liegt inzwischen ein Vorschlag der EWE-Gruppe und weiterer Unternehmen auf dem Tisch, der einen gedeckelten Redispatch-Vorbehalt vorsieht. Dieser solle Planungssicherheit für Erzeuger und Netzbetreiber schaffen. „Wenn man ihn ganz vereinfacht ausspricht, ist es ein gedeckelter Redispatch-Vorbehalt“, erklärte Andreae. Sie bezeichnete die Regelung als einen der entscheidenden offenen Punkte innerhalb des Energiepakets.

Ausschreibungen für Kraftwerkskapazitäten starten

Auch beim geplanten Stromversorgungskapazitätssicherungsgesetz sieht der Verband Zeitdruck. Nach Einschätzung von Andreae und Dohler müssen Ausschreibungen für neue Kraftwerkskapazitäten zeitnah starten. Gleichzeitig sei eine beihilferechtliche Genehmigung durch die Europäische Kommission

erforderlich. „Aus unserer Sicht zählt da jede Woche“, sagte Dohler.

Diskutiert wurde zudem die geplante Grüngasquote im Gebäudebereich. Andreae betonte, dass der Verband hierzu noch keine abschließende Position bezogen habe. Zunächst wolle der BDEW die angekündigten Eckpunkte der Bundesregierung abwarten. Als Leitlinien nannte sie unter anderem, dass eine Grüngasquote den Wasserstoffhochlauf nicht behindern dürfe und die Infrastrukturkosten berücksichtigt werden müssten. Dohler verwies darauf, dass ein Wechsel von Biogas aus der Stromerzeugung in den Gebäudesektor erhebliche Folgekosten verursachen könne. Die Debatte müsse deshalb auf Grundlage belastbarer Fakten geführt werden. „Das muss dann eben auch Teil der Debatte sein“, sagte er.

Fortschritte biem Smart-Meter-Roll-out

Beim Ausbau intelligenter Stromzähler sehen die Verbandsvertreter Fortschritte. Nachdem wirtschaftliche und regulatorische Hemmnisse teilweise beseitigt worden seien, nehme der Roll-out nun Fahrt auf. Dohler berichtete aus Unternehmenssicht von mehr als 2.000 installierten Smart Metern pro Woche. Andreae verwies darauf, dass insbesondere die Digitalisierung des Energiesystems einen schnellen Ausbau erforderlich mache.

Mit Blick auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands äußerte sich Dohler zurückhaltend optimistisch. Die Energiebranche sei auf eine starke Industrie und wettbewerbsfähige Unternehmen angewiesen. Gleichzeitig warnte er davor, die Energiewende pauschal für hohe Energiekosten verantwortlich zu machen. Insbesondere die gestiegenen Gaspreise belasteten energieintensive Industrien. „Die Chemie leidet unter hohen Gaspreisen, nicht unter zu hohen Strompreisen“, sagte Dohler.

Keine Aufteilung in Strompreiszonen

Eine Aufteilung Deutschlands in unterschiedliche Strompreiszonen lehnt der BDEW-Präsident weiterhin ab. Stattdessen plädierte er für einen beschleunigten Netzausbau und stärkere Anreize, neue Verbraucher und Erzeugungsanlagen an netzdienlichen Standorten anzusiedeln. „Ich halte von der Diskussion Gebotszonentrennung in Deutschland nichts“, sagte Dohler.

()

Stichwörter: Politik,